

Münster Liste – bunt und international



A1

Bitte verfassen Sie eine kurze Selbstbeschreibung, die im Kommunalwahlcheck für die Wahlberechtigten einsehbar sein wird. Sie können hier auch auf Ihre Website verweisen (Limit: 1000 Zeichen).

Die Münster Liste – bunt und international hat sich gegründet, weil sechseinhalb Jahre trotz linker Mehrheit im Rat der Stadt Münster von den etablierten Parteien ungenutzt blieben. Die Münster Liste (Münster-ist-bunt.de) wird eine klimagerechte, nachhaltige, offene, soziale und basisdemokratische Politik in Münster machen. Dabei stehen die Menschen im Mittelpunkt. Wir werden Kommunalpolitik aus Sicht aller Münsteraner*innen gestalten und wollen mit ähnlich positionierten Fraktionen und Mandatsträger*innen des zukünftigen Stadtrats zusammenarbeiten, um diese Ziele zu erreichen. Dabei ist uns wichtig, dass die Menschen nicht nur alle fünf Jahre ein kommunales Kreuz machen dürfen, sondern durch unser Konzept „Kommune selbst verwalten“ in allen kommunalen Politikfeldern viel mehr selbstverantwortlich und selbstorganisiert bestimmen können. Statt der Verwaltung sollen die Menschen durch stadtweite, offene und transparente Vereinigungen „regieren“. Auch Zugezogene sollen zukünftig viel mehr mitbestimmen.

Thema: Wohnen, Soziales, Kultur

B1

Position zu: **Es soll ein Musikcampus an der Hittorfstraße gebaut werden.**

Neutral

Begründung: **In Münster fehlen geeignete Probe- und Aufführungsräume für Musiker*innen. Wir möchten durch ein stadtweites Gremium, dem die Vereinigungen und sonstigen Institutionen sowie insbesondere Musiker*innen aller Musikrichtungen angehören, Vorschläge für eine gemeinsame, alle berücksichtigende Lösung zu suchen. Prestigeobjekte lehnen wir ab.**

B3

Position zu: **Der Eintritt in öffentliche Museen soll für alle kostenlos sein.**

Stimme zu

Begründung: Die Museen sind für die Menschen da. Damit sich alle Menschen den Besuch erlauben können, sollten alle öffentlichen Museen aus öffentlichen Haushalten finanziert werden und den Besucher*innen kostenfrei offen stehen.

B5

Position zu: Polizei und Ordnungsamt sollen weniger Bußgelder und Platzverweise gegen Obdachlose einsetzen.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Obdachlosigkeit ist die krasseste Form der Armut. Was armen Menschen fehlt, ist tatsächlich nur Geld. Durch Ausgrenzung und Abschiebung an andere Orte wird das Problem eben so wenig gelöst wie durch Bußgelder, die in diesen Fälle nur fast mittellose Menschen zusätzlich belasten.

B7

Position zu: Der Anteil der Wohnungen in Kommunalbesitz soll erhöht werden.

Stimme vollkommen zu

Begründung: In Münster fehlt bezahlbarer Wohnraum. Diesen stellen nur Genossenschaften, teilweise die Stadt selbst und zum Beispiel Mietshäusersyndikate und nachbarschaftliche Baugenossenschaften zur Verfügung. Der Anteil muss massiv erhöht werden und die städtische Politik der Vergabe an Investoren muss gebremst werden. Städtische Wohnungsunternehmen sind aus unserer Sicht nicht zum Erzielen von Profiten für den kommunalen Haushalt da, sondern um den Münsteraner*innen bezahlbaren Wohnraum zu verschaffen. Wir wollen durch eine kommunale Satzung das „Menschenrecht auf Wohnen“ in Münster verankern. Dann hat jede*r Münsteraner*in das Anrecht auf eine Wohnung. Dazu werden viel mehr Wohnungen in städtischen oder gemeinschaftlichen Besitz gebraucht. Der Boden sollte grundsätzlich der kommunalen Gemeinschaft gehören.

B9

Position zu: Bei Neubauten soll ein höherer Anteil von Sozialwohnungen vorgeschrieben sein.

Stimme vollkommen zu

Begründung: In Münster fehlt vor allem bezahlbarer Wohnraum. Die vorhandenen Ratsbeschlüsse reichen nicht oder greifen zu kurz. Die Stadt selbst oder durch gemeinnützige Genossenschaften, Mietshäusersyndikate und nachbarschaftliche Baugenossenschaften muss Sozialwohnungen und auch bezahlbaren Wohnraum für Mieter*innen ohne Wohnberechtigungsschein schaffen. Investoren, wenn sie denn nötig sind, müssen langfristige Sozialbindungen für mindestens ein Drittel des neuen Wohnraumes (nicht an Wohnungen, sondern an Quadratmetern gemessen) schaffen. Durch die Vergabe von Flächen ausschließlich im Erbbaurecht kann vertraglich garantiert werden, dass die Mieten unbefristet günstig bleiben.

B11

Position zu: Die Nutzung von Wohnungen als Ferienwohnungen soll in der Innenstadt verboten werden.

Stimme zu

Begründung: Der Wohnraum in Münster ist knapp. Die Attraktivität Münsters für Tourist*innen

führt dazu, dass Wohnraum – auch in der Innenstadt – für Ferienwohnungen zum Beispiel zur Vermietung über airbnb zweckentfremdet wird. Dies möchten wir weitgehend unterbinden, insofern die Wohnung auch für den Wohnungsmarkt geeignet ist.

B13

Position zu: Die Mieten in der Stadt sollen in den nächsten 5 Jahren nicht erhöht werden dürfen.

Stimme zu

Begründung: Die bundesweite Mietpreisbremse wirkt nicht. Obwohl es lokal sehr schwer ist, einen Mietendeckel einzuführen, setzen wir uns dafür ein, dass die Mieten für einen gewissen Zeitraum, zum Beispiel die kommende Ratsperiode, nicht erhöht werden dürfen. Zudem sollten überhöhte Mieten durch Gesetz gesenkt werden. Dazu ist allerdings das Land NRW gefordert.

B15

Position zu: Um mehr Wohnungen zu schaffen, sollen die jetzigen Stadtteile dichter bebaut werden statt neue Wohngebiete zu planen.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Münster benötigt keinen neuen Stadtteil, sondern aktuell und möglichst kurzfristig drei- bis fünftausend neue bezahlbare Mietwohnungen. Diese sollten über das gesamte Stadtgebiet und ggf. auch die Umlandgemeinden verteilt werden. Dabei können zum Beispiel durch Aufstockungen von Häusern, wie es die Bürgerinitiative Aaseestadt fordert, oder Verdichtung von Wohngebieten, wie es der NieberDing e.V. – Wohnraum erhalten vorschlägt, eine große Anzahl der notwendigen Wohnungen geschaffen werden. Für diese und insbesondere weitere Neubauten gilt, dass diese sich in die bestehende Viertelstruktur einfügen müssen und das Wohnen dort sozial und ökologisch verträglich möglich sein muss.

Thema: Verkehr

C1

Position zu: Das Jahresticket im Nahverkehr soll höchstens 365 €, also 1€ pro Tag, kosten.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Dieser Preis ist angemessen. Für Inhaber des Münster-Passes sollte der Nahverkehr in Münster gänzlich kostenfrei sein. In der zukünftig immissionsarmen Innenstadt sollte kosten- und emissionsfreier Nahverkehr angeboten werden.

C3

Position zu: Neue Fahrradwege sollen nur gebaut werden, wenn dadurch keine Autosspuren verloren gehen.

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: Die Verkehrsplanung muss den Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr in den Mittelpunkt stellen und nahezu ausschließlich fördern. Wo immer möglich, sollte der

Verkehrsraum nicht aufgeteilt werden, sondern allen Verkehrsarten (Shared Space) gleichberechtigt zur Verfügung gestellt werden.

C5

Position zu: In der Innenstadt sollen mehr Tempo-30-Zonen eingeführt werden.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Tempo 30 sollte die grundsätzliche Höchstgeschwindigkeit in Münster sein. Ausnahmen sollte es insbesondere zur Beschleunigung des Öffentlichen Personennahverkehrs geben. Rund um Einrichtungen für Kinder und Menschen mit Handicap und in shared-space-Bereichen sollte Schrittgeschwindigkeit vorgeschrieben sein.

C7

Position zu: Innenstädte sollen autofrei werden.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Wir möchten eine immissionsarme Innenstadt. Die Warenanlieferung (generell) und der Abtransport des Einkaufs (auf Kundenwunsch) sollte mit Linienverkehr, Abholboxen und kostenpflichtigem Individuallieferservice kommunal durch einen Eigenbetrieb Münsters organisiert werden. Wie im ÖPNV, sollte auch im ÖGNV (Öffentlicher Güternahverkehr) die kommunale Einrichtung mit privaten Anbietern - vorzugsweise Soloselbständige, Kollektive und Genossenschaften - zusammenarbeiten. Parkhäuser sollen zu Güterverteilzentren des neuen städtischen Angebots werden. Emissionsfreier MIV (motorisierter Individualverkehr) bleibt möglich.

C9

Position zu: Fahrräder sollen in der Stadt immer Vorfahrt gegenüber Autos haben.

Stimme zu

Begründung: Beim Shared Space steht die gleichberechtigte Gemeinschaft aller Verkehrsteilnehmer und die Rücksicht aufeinander im Mittelpunkt der Verkehrslenkung. Die vorhandenen Verkehrsregeln (rechts vor links) reichen in den meisten Fällen aus. Ampeln sind praktisch überflüssig. Außerhalb der bebauten und belebten Bereiche Münster müssen die besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmer*innen - auch durch bauliche Maßnahmen - extra geschützt werden.

C11

Position zu: Die Parkgebühren in der Innenstadt sollen deutlich erhöht werden.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Allerdings ist dies eine Maßnahme, die durch die Verwirklichung der immissionsarmen Innenstadt zeitlich begrenzt ist. Wenn die Innenstadt immissionsarm ist, gibt es im öffentlichen Raum kaum öffentliche Parkflächen. Für Anwohner*innen müssen spezielle kostenpflichtige Parkflächen – außerhalb des Straßenraums – geschaffen werden. Höhere Parkgebühren sind gerechtfertigt, wenn die Einwohner*innen kostengünstige oder -freie ÖPNV-Angebote nutzen können.

C13

Position zu: Es sollen mehr Straßen in Fahrradstraßen (Velorouten) umgewandelt werden.

Stimme zu

Begründung: Dies geschieht durch unsere Konzepte immissionsarme Innenstadt und Shared Space sowie der Sicherung des Radverkehrs außerhalb der bewohnten und bebauten Flächen Münsters durch bauliche Maßnahmen. Diese dürfen gern auch „Veloroute“ genannt werden, wenn sie bevorzugt für Radfahrer*innen sind.

C15

Position zu: Die öffentlichen Fördergelder für den Flughafen sollen deutlich gesenkt werden.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Der Flughafen wird weiterhin Fluggäste verlieren, weil sich unser Klima Kurzstreckenflüge nicht mehr leisten kann. Die Ferienflieger sollen ebenso wie der Privat-, Linien-, Charter- und Frachtluftverkehr die Betriebskosten für den Flughafen aufbringen. In Westfalen (plus Calden in Hessen) gibt es zudem viel zu viele Flughäfen.

C17

Position zu: Statt eine neue Straßenbahnlinie zu bauen, soll die Stadt lieber auf Schnellbusse setzen.

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: Die urbane Stadtregion Münster (ungefähr in den Landkreisgrenzen von vor 1975) benötigt einen schienengebundenen 20-Minuten-Takt auf den vorhanden, auf zu reaktivierenden und auch neu zu errichtenden Bahnstrecken. In Münster sollte über Schienen auf der Straße ernsthaft nachgedacht werden. Sinnvolle Konzepte dafür gibt es schon seit Jahrzehnten.

Thema: Umwelt

D1

Position zu: In der Stadt soll der Verkauf von Plastiktüten verboten werden.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Zur Reduzierung oder besser kompletten Wegfalls des Plastikmülls in der Stadt möchten wir nach dem Beispiel der Stadt Tübingen eine Verpackungssteuersatzung im Rat der Stadt verabschieden lassen.

D3

Position zu: Es ist übertrieben, wenn zukünftig alle geplanten kommunalen Entscheidung auf ihre Auswirkungen auf das Klima überprüft werden.

Stimme nicht zu

Begründung: Der Klimawandel betrifft Münster nicht nur, sondern wird durch unser tägliches Handeln in unserer Stadt sogar verstärkt. Wollen wir den Klimawandel bremsen, muss der Umgang mit den natürlichen Ressourcen und unser Umwelt und Natur sich umfassend verändern – auch in Münster. Deshalb müssen die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der potentiellen Ent-

scheidung immer in den Unterlagen zur Beschlussfassung aufgelistet sein.

D5

Position zu: **Die Stadt soll so schnell wie möglich CO2-neutral werden.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Die weltweite CO²-Belastung steigt unaufhörlich. Wir dürfen nicht auf andere verweisen, sondern müssen selbst aktiv werden. Das Ziel der CO²-neutralen Stadt Münster muss möglichst schnell erreicht werden.**

D7

Position zu: **Diesel-Fahrverbote sollen verhindert werden.**

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: **Verbrennermotoren sind so was von gestern. Die Mobilität der Menschen und der Transport von Gütern muss in Münster zügig ohne Fahrzeuge mit Verbrennermotoren erfolgen.**

D9

Position zu: **Alle Busse des Nahverkehrs sollen innerhalb der nächsten 10 Jahre auf Elektro- oder Wasserstoffantrieb umgerüstet werden.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Der gesamte öffentliche Personenverkehr auf der Schiene, auf der Straße, an Seilen oder auf dem Wasser sollte – wie zukünftig auch alle Fahrzeuge des MIV (motorisierter Individualverkehr) – ohne Verbrennermotoren im Fahrzeug auskommen. Bei elektrisch betriebenen Fahrzeugen sollte unbedingt auf Atomstrom und möglichst schnell auch auf Kohlestrom verzichtet werden.**

Thema: Finanzen und Steuern

E1

Position zu: **Es soll kein neues Einkaufszentrum im Hafenviertel gebaut werden.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Das E-Center oder Hafen-Center ist für die Nahversorgung im Hansa- und Hafenviertel völlig überflüssig. Wir favorisieren Wohnbebauung und Grün- sowie Spielflächen an der Stelle.**

E3

Position zu: **Die Grundversorgung (Strom, Gas, Wasser) soll vollständig in kommunalem Besitz sein.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Die kommunale Infrastruktur gehört zur Daseinsvorsorge. Nicht nur Energieversorgung sowie Wasserver- und -entsorgung gehören in die kommunale Hand, sondern alle Bereiche der Daseinsvorsorge. Die Einwohner*innen Münsters müssen direkten und unmittelbaren dezentralen**

Einfluss auf die Umsetzung der Daseinsvorsorge bekommen. Zur Verwirklichung dieser Pläne haben wir das Konzept „Kommune selbst verwalten“ entwickelt.

E5

Position zu: Die Internetversorgung soll zur kommunalen Daseinsvorsorge erklärt werden.

Stimme vollkommen zu

Begründung: Die Datenverbindungen (mobil und durch Kabel) gehörten zur Daseinsvorsorge. Sie sind grundsätzlich allen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Endgeräte sowie die Datenmengen können den Kund*innen in Rechnung gestellt werden.

E7

Position zu: Die Stadt soll Spitzensportvereine nicht finanziell unterstützen.

Neutral

Begründung: Spitzensportvereine mit Berufssportler*innen die Leistungssport betreiben oder große Zuschaueremengen anziehen sind wesentlicher Bestandteil unserer städtischen Gesellschaft. Wir unterstützen den Verein für Leistungssport, das städtische Sportgymnasium sowie die Spitzensportvereine in ihrem Wirken. Die städtische Förderung sollte allerdings finanztechnisch aus der allgemeinen Sportförderung ausgegliedert werden. Ein eigener auskömmlicher Finanztitel im Bereich „Stadtmarketing“ wäre aus unserer Sicht ein zukunftsweisender Lösungsansatz, der die Notwendigkeiten für die Berufssportler*innen in unserer Stadt erfüllen kann.

E9

Position zu: Bei den Kitas ist die Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen wichtiger als die Abschaffung der Gebühren.

Stimme zu

Begründung: Grundsätzlich ist es wichtiger, die Versorgung der Mütter und Väter mit Kitaplätzen in ihrem Dorf oder Stadtteil sicher zu stellen. Die Gebühren müssen sozialer werden und Kitas in Selbstverwaltung müssen stärker unterstützt werden.

E11

Position zu: Um ihren Haushalt auszugleichen, muss die Stadt mehr sparen.

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: Die Corona-Pandemie hat die „schwarze Null“ endgültig zu einem historischen Tatbestand gemacht. Dies gilt auch für Münster. In den Bereichen Soziales, Infrastruktur, Bildung, Klima-, Umwelt- und Naturschutz sowie Grunderwerb durch die Stadt muss investiert werden. Wir schlagen eine Neuauflage der Kommunalobligationen vor. Für einzelne Bereiche könnten fest verzinst lokale Fonds (für Boden, Wohnungsbau, Schulen, etc.) aufgelegt werden, damit die Menschen und Institutionen mit hohen Rücklagen nicht mehr an der Börse spekulieren müssen.

E13

Position zu: Die Stadt soll die Gewerbesteuer für Unternehmen senken.

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: Wir wollen gerechte kommunale Steuerhebesätze einführen. Kommunale Unterstützung für Soloselbständige und Förderung von ausgewählten Startups. Fristlose Beschäftigung von lange erwerbslosen Menschen in kommunalen oder gemeinnützigen Betrieben, Einrichtungen, Vereinigungen. Dazu sollte die Gewerbesteuer durch den Gesetzgeber unter anderem auch bei Freiberufler*innen erhoben werden. Die Unternehmenssteuern sollten der sozialen Situation in Münster angepasst werden. Dies bedeutet aktuell, dass die Punktzahl erhöht werden muss.

Thema: Sicherheit und Rechtsstaat

F1

Position zu: Das Bußgeld für illegale Vermüllung in der Stadt soll stark erhöht werden.

Stimme zu

Begründung: Wichtiger als Bestrafung ist Aufklärung. Umweltdelikte müssen – dem Schaden angemessen – geahndet werden. Uns ist aber noch wichtiger, die Münsteraner*innen durch Übernahme von Verantwortung im Rahmen des Konzeptes „Kommune selbst verwalten“ für die Stadt zu aktivieren. Zuerst Freizeitflächen, aber möglichst schnell auch sonstige öffentliche Flächen, müssen offenen, transparenten Einwohner*innen-Vereinigung zur selbstständigen Verwaltung übergeben werden. Dadurch spart die Stadt viel Geld, denn auf selbst verwalteten Flächen verbessert sich der Umgang der Nutzer*innen mit diesen Flächen erheblich.

F3

Position zu: Die Stadt soll Projekte gegen Linksextremismus fördern.

Stimme nicht zu

Begründung: Die Gefahr von Links wird durch die staatlichen und auch kommunalen „Sicherheitsexperten“ überschätzt, weshalb keine Projekte erforderlich sind. Viel wichtiger ist es, gegen Gewalt – egal, ob mit politischem, religiösem, wirtschaftlichem oder sonstigen Hintergrund – vorzugehen. Solche Projekt müssen gefördert werden.

F5

Position zu: In der Stadt soll der legale Verkauf von Cannabis in Modellprojekten getestet werden.

Stimme zu

Begründung: Cannabis (Anbau, Handel und Genuss) sollte legal werden. Wir unterstützen deshalb auch Modellprojekte.

F7

Position zu: Die Stadt soll Projekte gegen Rechtsextremismus fördern.

Stimme zu

Begründung: Die Stadt Münster sollte alle Projekte, die sich gegen Ausgrenzung und Diffamierung wenden, unterstützen. Der Rechtsextremismus ist auch in Münster eine reale Gefahr für unsere Gesellschaft.

F9

Position zu: **Die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen soll nicht weiter ausgeweitet werden.**

Stimme zu

Begründung: **Die Überwachung öffentlicher Plätze in Münster durch Videotechnik ist nicht nur völlig ausreichend, sondern vermutlich eher schon jetzt übertrieben. „1984“ ist offensichtlich noch immer nicht vorbei.**

F11

Position zu: **Zur Verbesserung der Sicherheit soll mehr Polizei auf der Straße eingesetzt werden.**

Stimme nicht zu

Begründung: **Mehr Polizeipräsenz dient einerseits nur dem subjektiven Sicherheitsgefühl und führt andererseits zu hohen gesellschaftlich Kosten. Nicht wenige Menschen empfinden es übrigens genau umgekehrt.**

Thema: Migration und Integration

G1

Position zu: **Die Stadt soll gezielt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Es gibt insgesamt und insbesondere in den Leitungsebenen der Stadtverwaltung und den von der Stadt abhängigen Betrieben und Einrichtungen viel zu wenige Beschäftigte mit Migrationsvorgeschichte. Dies gilt allerdings auch für die Zivilgesellschaft. In den Vereinigungen (von der Initiative über Verbände bis hin zu Parteien) sind zu wenige Menschen mit Migrationsvorgeschichte präsent. Besonders krass ist das Missverhältnis zwischen deutschstämmigen und Menschen mit Migrationsvorgeschichte in den Leitungsgremien.**

G3

Position zu: **Die Stadt soll verpflichtende Sprachkurse für ZuwandererInnen anbieten.**

Stimme nicht zu

Begründung: **Ja, wenn die Stadt verpflichtet wird, diese Kurse anzubieten, aber Nein, wenn die Zuwanderer*innen zur Teilnahme an Sprachkursen durch Repressionen gezwungen werden.**

G5

Position zu: **Kinder, die nicht gut genug Deutsch sprechen, sollen nicht eingeschult werden.**

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: **In unseren Schulen müssen viel mehr Lehrer*innen mit Migrationsvorgeschichte beschäftigt werden. Spricht das Lehrpersonal die Sprache der Kinder, ist eine wichtige Hürde für die Bildungschancen der „nicht gut genug Deutsch“ sprechenden Kinder schon beseitigt. Ohne die Kinder zeitlich zu lange zu binden oder psychisch oder physisch zu überfordern, muss es zusätzliche freiwillige Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache geben.**

G7

Position zu: **Geflüchtete sollen nur Zuwendungen erhalten, wenn sie an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen.**

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: **Menschen haben ein Recht auf zumindest Nahrung, wohnen, Gesundheit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese Rechte dürfen nicht durch die von ihnen verwendete Sprache oder sonstige zu erbringende Leistungen eingeschränkt werden.**

G9

Position zu: **Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass straffällige Geflüchtete unabhängig vom Herkunftsland abgeschoben werden.**

Stimme nicht zu

Begründung: **Dies ist keine kommunale Aufgabe. Wir lehnen eine zusätzliche Bestrafung durch territoriale Betretungsverbote, wie sie im Mittelalter üblich waren, ab.**

G11

Position zu: **Interkulturelle Projekte sollen durch die Stadt nicht mehr gefördert werden.**

Stimme überhaupt nicht zu

Begründung: **Münster hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass in der Stadt eine sehr hohe Willkommenskultur herrscht. Diese muss aber, um ein wirklich interkulturelles Münster zu erreichen, durch eine von der Stadt zu schaffende Willkommensstruktur vervollständigt werden. Dazu ist zum Beispiel ein „Haus der Kulturen“ dringend erforderlich.**

G13

Position zu: **Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten bei Kommunalwahlen wählen dürfen.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Wir sind für das aktive und passive Wahlrecht mindestens ab 16 Jahren bei Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentswahlen sowie bei Abstimmungen. Alle Menschen, völlig unabhängig von ihrem Geburtsort oder der Staatsangehörigkeit, die drei oder vier Monate vor der jeweiligen Wahl oder Abstimmung ihren Wohnsitz in Münster haben, müssen an Wahlen und Abstimmungen aktiv und passiv teilnehmen dürfen.**

G15

Position zu: **Die Stadt soll mehr Geflüchtete aufnehmen.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Münster steht als Friedensstadt in der Pflicht zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Münster ist auch vermögend genug, um die Aufnahme problemlos zu schaffen. Als Sofortmaßnahme möchten wir für jedes Jahr seit dem Abschluss des „Westfälischen Friedens“ eine*n Geflüchtete*n aufnehmen – also 372 Menschen, die auf der Flucht sind.**

Thema: Beteiligung und Gleichstellung

H1

Position zu: **Jede Stadt soll ein festes BürgerInnenbudget reservieren, über das die zivilgesellschaftlichen Gruppen eigenständig entscheiden können.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Dies wäre ein erster Schritt in Richtung „Kommune selbst verwalten“. Deshalb befürworten wir ein festes Einwohner*innenbudget. Wir können gut uns vorstellen, dass ausgeloste Einwohner*innen unserer Stadt jährlich über die prozentuale Verteilung des Budgets zwischen den einzelnen Themenfeldern der Zivilgesellschaft entscheiden.**

H3

Position zu: **Räte mit zufällig ausgewählten BürgerInnen sollen als neues Beratungsgremium eingerichtet werden.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Leider muss dazu die Gemeindeordnung des Landes NRW geändert werden. Wir befürworten ausgeloste Räte insbesondere für die unterste politische Ebene. Gemäß unseres Konzeptes „Kommune selbst verwalten“ sollten die Fachfragen zuständigen Ratsausschüsse von stadtweiten Verbänden der Einwohner*innen gebildet werden. Für die Stadtteile und Dörfer, die geografisch und sozial eine Einheit bilden sollten, sind neue Selbstverwaltungsgremien zu schaffen. Dieses wird idealerweise von einem Zusammenschluss der Einwohner*innen (offener Stadtteilverein) begleitet. Das neue örtliche Selbstverwaltungsgremium, der „Dorfrat“ oder „Quartiersrat“, wird durch Los besetzt und in jedem Jahr zu einem Drittel erneuert. Der lokale Rat ist für alle örtlichen Angelegenheiten zuständig und muss mit den Fachräten und -gremien der „Selbst verwalteten Kommune“ eng zusammenarbeiten. Grundsätzlich fällt jede die örtliche Gemeinschaft insgesamt betreffende Angelegenheit in die Zuständigkeit dieses Dorf- oder Quartiersrates.**

H5

Position zu: **Es ist völlig ausreichend, wenn in Texten von öffentlichen Einrichtungen nur die männliche Form verwendet wird.**

Stimme nicht zu

Begründung: **Eine stark steigende Anzahl an Menschen fühlt sich durch die ausschließliche Verwendung der männlichen Form der Sprache zurückgesetzt. Wir halten gendern für einen guten Versuch, diese Diskriminierung auch sprachlich zu beseitigen.**

H7

Position zu: **Die Innenstädte sollen vollständig barrierefrei werden, auch wenn dadurch das Stadtbild (z.B. Gehwege) verändert wird.**

Stimme vollkommen zu

Begründung: **Kein Mensch ist ohne Handicap. Grundsätzlich möchten wir die sozialen, politischen und baulichen Hürden in der Stadt beseitigen. Dazu gehört natürlich auch die möglichst vollständige Barrierefreiheit der Innenstadt. Nur dann können Menschen mit eingeschränkter Mobilität und ggf. technischen Hilfsmitteln (Rollator, Rollstuhl, etc.) die Innenstadt gleichberechtigt nutzen.**